

ANTRAGSSPIEGEL – Beschlossene Anträge

L Leitantrag

- L 1 Sozialismus(s) – Unsere Zukunft jetzt! Bezirksvorstand

I Innenpolitik, Recht und Verfassung

- I1 Längeres Bleiberecht für
Opfer Rechtsradikaler Unterbezirk Kassel-Stadt
- I2 "Hesse ist, wer Hesse sein will" –
Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs
in die Präambel der hessischen Verfassung Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

B Bildung

- B1 Den Managern von morgen Mitbestimmung
und demokratische Strukturen im
Unternehmen lehren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- B2 Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen
und Studiengängen für den öffentlichen
Dienst etablieren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

S Soziales

- S1 Beitragsbemessungsgrenze abschaffen Unterbezirk Kassel-Stadt
- S2 Lernförderung von Kindern mit
SGB II Bezug Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

St Steuern und Finanzen

- St1 Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

D Digitalisierung, Internet und Netzpolitik

- D1 Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter Bezirksvorstand
- D2 Freifunk-Angebote in kommunalen
Einrichtungen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- D3 Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet
Freifunk-Angebot ein Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: VU 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament

Betr.: Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik
4 (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion
5 von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird. Nationale Spielräume
6 sollen unmittelbar genutzt werden.

7
8 **Begründung:**

9 Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der
10 größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische
11 Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule
12 (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese
13 Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.
14 Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die
15 Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien
16 kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB
17 geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und
18 mit Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.

19 Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:

20 1.) Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD)
21 stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum entsprechend der Empfehlungen der
22 Deutschen Gesellschaft für Ernährung angestrebt werden". Nach aktuellen Empfehlungen der
23 DGE wäre dies eine Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der Woche. Der Fleischverzehr
24 liegt aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde auf Intervention des Kanzleramtes
25 (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September war nur noch vom „Abbau der
26 Tierbestände“ die Rede.

27 2.) Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor kurzem aus
28 Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische Lebensmittel (bspw. Milch, Käse,
29 Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 % festzulegen und gleichzeitig die
30 Sozialleistungen anzuheben. Durch die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung erhoffen sich die
31

32 Wissenschaftler*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher stärker umweltbelastenden
33 Lebensmittel.

34 Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie
35 verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die
36 Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten
37 Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und
38 Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die
39 Produkte zu streichen/zu verringern und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.

40 Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer
41 tiergerechteren Gesellschaft.

42

43 angenommen

44 abgelehnt

45 überwiesen an

46